

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Der verantwortliche Schriftführer ist
Herrn Dr. med. phil. Heinrich Reimer.

Herausgeber: Eduard Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Robert Wolff in Berlin.

Die Drohung mit „militärischen Maßnahmen“.

Die Abreise Marshall Jochs an den Rhein.

zur Vorbereitung militärischer Maßnahmen.
(Telegramme unserer Korrespondenten)

B. Versailles, 16. Mai.

Während die Berliner Blätter in ihren Artikeln den Leuten Gewissheit zu geben suchen, daß Deutschland den Friedensvertrag schließlich unterzeichnen werde, weil ihm keine Wahl bleibe, veröffentlichte er an anderer Stelle die Nachricht, daß Marshall Joch gefahren sei an den Rhein geritten, um die militärischen Maßnahmen vorzubereiten, die sofort ergreifen werden würden, falls die deutsche Antwort „Nein“ lauten sollte. Unterstützt von einer Anzahl amerikanischer Divisionen, würden sich die Franzosen diesem nicht durch die Ereignisse überlassen lassen.
In der Zeitung „Leure“ findet sich eine besorgte Frage nach dem Schicksal der deutschen Flotte, aber deren Verbleiben man lange nichts mehr gehört habe. Wahrscheinlich, um die durchwegs feindlichen Absichten Frankreichs darzutun, richtet der Verfasser den dringlichen Appell an England, Frankreich bei der Verteilung der Großkampfschiffe ja nicht zu verpassen. Die französischen Schiffe seien veraltet, und die Alliierten dürften nicht vergessen, daß Frankreich Verleihen gerübt hätte, weil ihm die Pflicht obgelegen habe, die Bundesgenossen mit Rationen und Munition zu versehen. Es sei demnach an der Zeit, daß Frankreich den Sohn für sein Opfer erhalte. Die französische Flotte müsse aber

allen Meeren flattern, wenn das Land sein Prestige und seinen Handel aufrechterhalten wolle.

Paris, 16. Mai.

General Verhigge erklärte, daß drei amerikanische Divisionen marschfertig seien, um in Deutschland vorzurücken. Joch reist Sonntag nach Paris zurück, nachdem er alle militärischen Vorbereitungen am Rhein getroffen hat.

*

Die Ankündigung, daß der Marshall Joch sich an den Rhein begeben, dürfte nicht die letzte Meldung sein, die man zum Zwecke, das deutsche Volk einzuschüchtern, verbreiten wird. Solche Nachrichten brauchen natürlich nicht nur ein „Bluff“ zu sein und selbstverständlich muß, wie immer betont wurde, mit der Möglichkeit eines französischen Vormarsches gerechnet werden. Daß die Amerikaner sich daran sehr beteiligen würden, ist etwas unannehmlich — aber wohl noch die Engländer. Mit solchen Zwangsmitteln aber muß man schließlich entgegengehen und es muß nur alles irgendmöglich getan werden, um ihre Wirkungen zu mindern und zu mildern. Die gegenwärtig vorliegenden Friedensbedingungen sind unannehmbar, und der Einmarsch des Marshall Joch, auf den wir ja jetzt sind, würde sie nicht annehmbarer erscheinen lassen.

Die Rede Jochs kann aber, neben der militärischen Drohung, noch an andere Zwecke verfaßten. Sollte es sich nicht darum handeln, in besetzten deutschen Gebieten Stimmung für eine Politik zu machen, die den französischen Interessen nützlich wäre?

Die Entente gegen die Arbeiter.

Clemenceaus Antwort.

Berlin (Nachdruck verboten)

Erich Dombrowski.

Neben einem Völkerbundplan hatte die deutsche Regierung der Entente auch den Entwurf für ein internationales Arbeiterrecht überreicht. Im Anschluß daran hatte Clemenceaus Antwort in einer Note vom 10. Mai den Völkerbund aufgeschoben. Vertreter der Gewerkschaften sind einzelnen Ländern zu einer Konferenz nach Versailles eingeladen, um während der Friedensverhandlungen auch gleich die Arbeiterfragen zu regeln, wie es die Arbeiterchaft fast aller Kulturstaaten gewünscht hatte. Clemenceau hat dieses Ersuchen gellen in einer Antwortnote nicht abgelehnt und darauf bewiesen, daß der Völkerbund vorgelegte Friedensvertrag ja nicht die internationale Regelung der Arbeiterfragen verbeide und zu diesem Zweck für den nächsten Oktober eine Konferenz nach Washington einberufe. Clemenceau beschränkt sich indessen nicht bloß auf das Negative, er geht noch einen Schritt weiter. Mit kaum verbüllter Ironie verfährt er es, einige ganz unvollständige formaltechnische Bestimmungen des deutschen Entwurfs herauszugreifen, so beispielsweise, als ob die deutschen Vorklagen überhaupt weit hinter dem Arbeiterprogramm der Entente zurückblieben. Das Umgekehrte ist der Fall.

Aber man kann diese ansehnlich abweisende Antwort der Entente verheßen, wenn man sie nicht als Einzelmeinung, sondern als Glied der ganzen Völkervereinigung gegen Deutschland betrachtet. Zunächst will man, so rasch als möglich, den Völkerverbund, der eine systematische Arbeiterkongressen ausrichtet hat, unter Dach und Fach haben. Alle föhrenden Völkervereinigungen müssen ausgeschaltet werden, und eine internationale Arbeiterkonferenz, die in diesem Augenblicke gleichzeitig in Versailles tagen würde, könnte die Friedensverhandlungen vielleicht auf Wochen hinaus verzögern. Aber das wäre der Entente noch nicht einmal das Wesentlichste. Das meiste muß sie, wenn die Arbeiterkongressen nicht ein für allemal unterbleiben, gemächlich an einen Tisch in Versailles setzen, das Geruch der internationalen, der proletarischen Solidarität, das Weltgeföhle gegenüber dem ungeheuerlichen Friedensvertrage spüren. Die Deutschen würden nämlich ihren Arbeitseigenen aus den anderen Ländern sagen müssen, daß der Friedensvertrag nicht allein einen Entwert der höchsten Errungnisse Deutschlands aus der Weltrevolutionären Zeit bedeuten, sondern auch alle sozialen Errungnisse der Revolution auf einen Schlag beseitigen würde. Die durchgehenden finanziellen Kosten, die vorerst sogar ohne jede Begrenzung nach oben, dem deutschen Werke von der Entente auferlegt werden sollen, müssen unweigerlich zu einem Staatsbankrott führen. Das heißt: Deutschland müßte zum mindesten auf Jahre hinaus den Zinsendienst für die Milliardenkriegsanleihen einstellen. Das wäre nicht zuletzt die Krone der militärischen Einrückungen, die Berufsverweigerungen, die Landesverweigerungen, die sich auf den Kriegsanleihen festgelegt haben, so könnte in diesem Falle nicht mehr ihren Verpflichtungen nachkommen. Die Inflation, Wert- und Immobilienverwertung der Arbeiter würde so gut wie ausbleiben und die schädlichste Strafe der Revolution würde auf ein Minimum herabgemindert. Würde der deutsche Arbeiter dann aber auf seine Erwerbserwartungen zurückgewiesen werden, so würde er die wirkliche Verelendung erleben müssen, daß auch die deutschen Sparbanken, die ebenfalls zu den stärksten Zeichnern von Kriegsanleihen gehörten, nicht mehr in der Lage wären, allen Anforderungen gerecht zu werden. Aber damit ist noch keineswegs alles gesagt. Der Friedensvertrag ist nicht der, daß wir, wie wir an unsere eigenen Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen denken dürfen, den Kriegsbeschädigten der Entente eine jährliche Milliardenrente bezahlen müssen. Das liegt praktisch darauf hinaus, daß wir unsere eigenen Kriegsbeschädigten, aus absolutem Mangel an Mitteln, ihrem Schicksal überlassen müßten. Die ward geschehen dem wirtschaftlich und körperlich geschwächten Völkerverbund angefaßt. Die Welt entwürde sich als der englische Imperialismus mit brutaler Gewalt während des großen Weltkrieges in den fünfzig Jahren Tausende von Juden umkommen ließ, als er während des Burenkrieges unglückliche Frauen und Kinder in den berüchtigten Konzentrationslagern langsam zu Tode marterte. All das ist aber nur ein harmloses Spiel gegenüber dem systematischen Vernichtungsfeldzug, der wider Völkerverbund, wider Millionen deutscher Arbeiter und Kriegsbeschädigten von der Entente im Friedensinstrument vorgelesen ist.

Aber noch eins müßten die deutschen Arbeiter ihren ausländischen Arbeitseigenen sagen. Durch den Friedensvertrag werden uns auf der einen Seite gewaltige Milliardenlasten aufgedrückt, auf der anderen Seite aber nimmt man uns die wichtigsten Volksquellen, unterbindet man uns die eigenen finanziellen Lebensadern, verhindert man unsere wirtschaftlichen Auslandsbeziehungen, so daß man uns eine unwiderruflich einseitige Arbeitsverpflichtung gegenüber dem Ausland auferlegt. Man wird sich fragen, wie man unter diesen Umständen den Lebensabend führen soll, wie man die höchsten Jahre diezig Millionen Menschen auf deutscher Erde zu ernähren vermag. Das aber kann nur die übrigen

Ein Junkspruch Tschiščerin an das deutsche Proletariat.

Der russische Botschaftsminister des Auswärtigen, Tschiščerin, sendet, wie die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ erfahren, folgenden Junkspruch an das deutsche arbeitende Volk:

„In dieser schweren Stunde, da die deutschen arbeitenden Massen eine furchtbare Prüfung unter den Schlägen des imperialistischen Imperialismus durchleben, senden ihnen die revolutionären Arbeiter und Bauern Russlands ihre brüderlichen Grüße und den Ausdruck ihrer Teilnahme, Sympathie und Arbeiterkollektivität. Der Imperialismus der Ententeländer hat seine Gegner zu Boden geworfen und leiert jetzt im Siegestriebe, welches jedoch — wie beweisen es nicht — von langer Dauer sein wird. Der gegenwärtige Imperialismus trachtet nur danach, das besetzte Volk, das bisher sein Gegner war, empfindlicher zu treffen. Er vollkommener auszulöschen und es zu keinem ewigen Gesang und Ekstase zu machen. Unerhörte Anstrengung, unerhörte Anstrengung, das bedeutet für das deutsche wertvolle Volk der sogenannten Friedensverträge, der ihm von den ententeländern Siegern schamlos auferlegungen wird. Keine Gewalt, Verbrechen durch und durch, das ist der sogenannte Vertrag, den zu unterzeichnen man das entrüstete deutsche Volk nötig. Gebiete mit unzweifelhaft deutscher Bevölkerung werden ihm entziehen, seine schmerzlichen Katastrophen werden ihm genommen, es wird gezwungen, eine so unerhörte Kontribution zu zahlen, daß selbst wenn das ganze deutsche Volk Tag und Nacht ausschließlich für die Befriedigung seiner Befehle arbeitet, es dann noch nicht umfassen sein müßte, mit dieser Last fertig zu werden. Es wird so gründlich entnahmt, daß in jedem Augenblicke der Ententeländer innerlich seines Landes wird eindringen können, um die letzten Schritte zu verfolgen.“

Tschiščerin erklärt, daß die wertvollen Massen Russlands die schweren Wunden der Arbeiter und Bauern Deutschlands drückend mitempfinden werden. Er weist ferner darauf hin, daß schon die grenzenlose Schamlosigkeit und Selbstverleugung des jenseitigen Siegers allein ein Beweis ist, daß deren Will der Gewalttätigkeit am Vorabend des endgültigen Unterganges steht. Zum Schluss heißt Tschiščerin hervor, daß in der unaufhaltsam wachsenden Weltrevolution der arbeitenden Massen in der brüderlichen revolutionären Solidarität der Arbeiter aller Länder und in der internationalen revolutionären Einigkeit das Fund zur baldigen Befreiung Deutschlands liegt.

Die angeblidte Aufhebung der Blockade.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

B. Haag, 16. Mai.

Die Mitteilung der Alliierten, daß mit Ausnahme der Friedensbedingungen die Blockade vollständig aufgehoben sein werde, gilt in holländischen Schiffahrtkreisen als völlig bedeutungslos für Deutschland, solange nicht die Frage geregelt ist, wie weit Deutschland noch über Tonnerumum selbständig verfügen kann direkt und indirekt. Wird eine angebliche Kontrolle über die Schiffahrtsbewegung in der Welt durch den Oberen Weltreichstag ausgeübt, so können die Alliierten eine schnelle neue Blockade auf dem Wege verhindern. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, daß die englische Regierung die holländischen Schiffe, die auf der schwarzen Bille stehen, weil sie für Deutschland gefährlich sind oder

älter gebracht haben, auch jetzt nicht herausgibt, und versucht die holländischen Arbeiter zu zwingen, sie an England zu verzeihen.

Die deutsche Note über das Saargebiet.

Paris, 16. Mai. (B. Z. W.)
Der sonst deutschfeindliche „Telegraph“ begründet die drei letzten Notizen Kampans als die bedeutungsvollsten und schreibt: „Für die deutschen Interessen nicht beschließen werden. Vor allem die für das Saargebiet große Anziehung für von den Deutschen als unzulässig erscheint. Das die deutschen Delegierten darüber sagen, ist sehr deutlich und erfordert keinen näheren Kommentar. Wichtig ist vor allem das Argument, daß Deutschland nach 18 Jahren nicht über das nötige Geld verfügen wird, um die Kohlenerträge zurückzugeben. Die Wichtigkeit dieser Bestimmung wird unterfucht werden müssen.“

Belegung von Smyrna durch die Griechen.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

Paris, 16. Mai.

Aus Paris wird gemeldet: Mittheilungen ist eine vollständig ausgeführte griechische Expedition in Smyrna gelandet, besteht aus zwei griechischen Kriegsschiffen, die früher Amerika gehörten. Die Unternehmung findet im Einklang zwischen Benjelen und dem Rot der Vier statt. Die Griechen dürfen Smyrna, Izmir, Konia, hundert Meilen nördlich, und Boma, vierzehn Meilen südwestlich von Smyrna, besetzen. Die amerikanische Presse führt aus, daß dies einer der größten Tage der griechischen Geschichte seit hundert Jahren ist. Die fraglichen Strecken sind zum größten Teil von griechischer Bevölkerung bewohnt.
Albanien hat die Vereinigten Staaten gebeten, das Mandat über Albanien zu übernehmen. Amerika hat eine freundliche Antwort gegeben. Die Albanier werden sich auf schärfste gegen den Sondervertrag, der tatsächlich eine Teilung des Landes bedeutet und die Krone zu einem rein italienischen Meer macht. Dies geschähe durch Artikel 6 des Vertrages, der Albanien auf dem Inseln des Ionischen Meeres gibt. Die Albanier schicken an alle eigenen Senatoren und Abgeordnete in Frankreich Protestbriefe, die sie gegen Albanien gerichtet, bisher unvorläufigen Bestimmungen des Sondervertrages enthalten. Man mußte mit dem vollkommnen Verschwinden Albanien rechnen, wenn Albanien die Statisten käme, weil Albanien zwischen Griechen, Serben und Italienern völlig zerstückelt wurde. Albanien erwartet einen neuen Balkankrieg aus dem jetzigen Stande der Regelung.

Eine ungarische Gegenregierung in Arad.

Wien, 16. Mai. (Wiener Corr.-Bureau).

Die Wähler melden aus Arad, daß sich dort am 5. Mai unter dem Präsidium eines Baters Michael Karolyis, des Grafen Julius Csaky, welcher bisher Mitglied nicht herausgetreten ist, eine Gegenregierung gebildet habe. Das Parlament des Ministeriums des Reiches wiederum der frühere Generalkonst. Baron Julius Borner Wiza, das des Kriegs General Goldon Szabo, die übrigen Parteiführer übernehmen Wader Persönlichkeiten. Am Montag der neuen Regierung begeben die als Hauptaufgabe, die durch den Volkswissenschaften angeordneten Schäden gut zu machen und die Wirtschaft von Unruhen und Angst wieder herzustellen. Das Parlament besteht aus dem Parlament des Ministeriums, das nur so lange im Amt bleiben sollte, bis eine aus Vertretern aller Landesparteien hervorgehende Regierung gebildet sein werde. Im Anschluß wird schließend betont, daß die Entente jedoch über die Resolution der neuen Regierung, als auch über die weiteren Schritte der Regierung, nicht wissen wird.